

Ersatz für Zerstörung

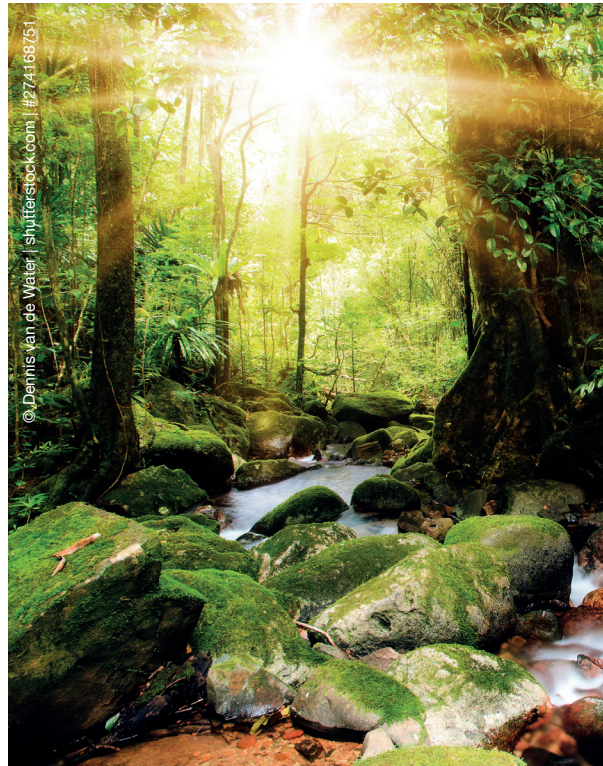
Ersatzmaßnahmen sind mittlerweile in den Naturschutzgesetzen oder Richtlinien vieler Länder verankert. Sie können greifen, wenn zuvor geprüft wurde, ob die Eingriffe vermieden beziehungsweise minimiert werden können oder ob es möglich ist, die Natur vor Ort wiederherzustellen. Projektbetreiber erhalten sogenannte Biodiversitäts-Gutschriften, wenn sie zerstörte Natur an anderer Stelle ersetzen.

Lukratives Geschäft

Der Handel mit solchen Gutschriften hat sich inzwischen zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Manche Unternehmen spezialisieren sich darauf, Flächen aufzukaufen, um sie anschließend ökologisch aufzuwerten. Ein Investor kauft dann von diesem Dienstleister die Ersatzmaßnahmen in Form von Biodiversitätsgutschriften.

Schnelle Genehmigung

Politik und Wirtschaft halten Ersatzmaßnahmen für ein wirkungsvolles Instrument: Sie können dabei helfen, Investitionsvorhaben von Unternehmen leichter und schneller umzusetzen, und erwecken den Anschein, als gäbe es unter dem Strich keinen Naturverlust.



Impressum

Ausstellung entwickelt von Initiative 50TausendBäume
c/o Dr. Doris Linzmeier • Buchenweg 16 • 50321 Brühl

Fotos:
© Shutterstock.com

Layout:
Christine Quambusch

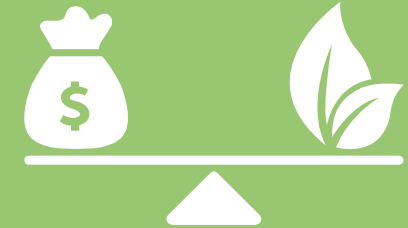
Weitere Informationen zur Initiative:

info@bi-50tausendbaeume.de
www.bi-50tausendbaeume.de

Spendenkonto:

Förderverein für die Initiative 50TausendBäume e.V.
Volksbank Bonn Rhein-Sieg e.G.
IBAN: DE 38 3806 0186 0616 700014
BIC: GENODE11BRS
Vereinsregister Amtsgericht Köln 701544
Steuernummer: 224/5790/6113

GREEN ECONOMY



Was kostet die Welt?

GREEN ECONOMY zielt darauf ab, eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft zu schaffen, die trotzdem auf Wachstum ausgerichtet ist. **IST DAS MÖGLICH?** Mit dieser Frage beschäftigt sich die Ausstellung „Green Economy – Was kostet die Welt?“. Sie zeigt, wie sich der Handel mit Emissions- und Biodiversitäts-Gutschriften auf die Umwelt und auf die Menschenrechte auswirkt, und wie Einzigartigkeit durch Effizienz ersetzt wird.

Bekennnisse zur nachhaltigen Entwicklung

Ziel der „Green Economy“ oder grünen Ökonomie ist eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft, die trotzdem auf Wachstum ausgerichtet ist. Bereits 1987 definierte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung den Begriff der nachhaltigen Entwicklung, zu dem sich die Staatengemeinschaft während der Weltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro als Grundsatz bekannte.

In Rio wurde ein Abkommen zum Erhalt der biologischen Vielfalt oder Biodiversität unterzeichnet. Darin wird die Natur in Bestandteile wie Tier- und Pflanzenarten, natürliche Ressourcen wie Kohle, Erze sowie genetische Ressourcen aufgeteilt. Dieser Vorgang ermöglichte es, der Natur einen finanziellen Wert beizumessen, der in wirtschaftliche Berechnungen einfließen kann. Zum Beispiel können so die Bestäubung durch Bienen und der Waldboden als Wasserfilter als „Ökosystem-Dienstleistungen“ verstanden werden.



Naturkapital

In den darauffolgenden Jahren vollzog sich ein gesellschaftlicher und politischer Wandel hin zu einem Naturverständnis unter wirtschaftlichen Aspekten, ablesbar am Sprachgebrauch: Aus Natur wurde Naturkapital, Wälder und Flüsse wurden zur grünen Infrastruktur.

Die Weltbank und das Waldprojekt REDD

Das Wald-Projekt REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) gehört zu einem Maßnahmenkatalog der Vereinten Nationen, der zum Ziel hat, Wälder zu schützen und ihre Funktion als Kohlenstoffspeicher zu erhalten.

Unternehmen aus Industrienationen können sich finanziell an Waldprojekten beteiligen und erhalten dafür Emissionsgutschriften. Sie bezahlen also dafür, dass der Wald an anderer Stelle erhalten bleibt und dürfen im Gegenzug weiter schädliche Klimagase an die Umwelt abgeben.

Die Weltbank koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Staatsregierungen und der Wirtschaft.

Monokulturen statt Urwald

Emissionsgutschriften erhalten Unternehmen aber auch für den Anbau von Plantagen als Kohlenstoffspeicher, denn nach Definition der UN gelten Monokulturen als Wald.

Demnach darf artenreicher Urwald abgeholzt und stattdessen Plantagen angelegt werden, um industriellen Rohstoff wie Palmöl, Zellulose oder Zuckerrohr zu gewinnen.

Natur: Unser Leben

REDD-Projekte gibt es in vielen Ländern, so auch im Kongo, in Indonesien und Brasilien. Ninawa Kaxinawá, der Repräsentant des brasilianischen Volks der Huni Kui, sieht Projekte dieser Art kritisch: „Natur hat keinen Preis. Sie ist unser Wald, sie ist unsere Nahrung, sie ist unser Leben.“



Diese Ansicht wird von den indigenen Volksgruppen weltweit geteilt, denn oft werden REDD-Projekte in Regionen geplant und umgesetzt, die von indigenen Völkern und Kleinbauern seit vielen Generationen bewohnt werden. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass sie aufgrund ungeklärter oder nicht anerkannter Besitzrechte ihr Land nicht mehr nutzen dürfen oder es sogar verlassen müssen. Berichte über Menschenrechtsverletzungen tauchen in Zusammenhang mit solchen Projekten vermehrt auf.

Auch andere Projekte, die in Zusammenhang mit dem globalen Emissionshandel stehen, ebnen den Weg zu Menschenrechtsverletzungen.

Eingriffe in intakte Waldregionen

So sieht das Kyoto-Protokoll, ein internationales Abkommen, um Treibhausgase zu regulieren, lukrative Emissionsgutschriften für den Anbau nachwachsender Rohstoffe wie Palmöl oder Soja und den Bau von Wasserkraftwerken vor. Sowohl Plantagen als auch Staudammprojekte stellen große räumliche Eingriffe in intakte Waldregionen dar, die der indigenen Bevölkerung den Lebensraum streitig machen. Wer dem entgegentritt, ist in einigen Ländern Gewalt und Schikanen ausgesetzt oder bezahlt mit dem Leben.